

**Die soziale Verantwortung von Unternehmen –
Rede von Harald Christ vor der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden
von CDU und CSU; Rostock, 25. Juni 2007**

Es gibt historische Augenblicke,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

die erst später als Meilensteine erkannt werden. Gestatten Sie, dass ich den 25. Juni 2006, der sich heute zum ersten Mal jährt, als einen dieser historischen Augenblicke bezeichne. An diesem Tag wurde ein Fanal gesetzt. Da verschenkte nämlich der zweitreichste Mann der Welt, Warren Buffett, einen Großteil seines Vermögens an die Stiftung des reichsten Mannes, Bill Gates. Die Bill und Melinda Gates-Stiftung führt eine Vielzahl von Projekten in aller Welt durch; die überwiegende Mehrzahl der Projekte dient der Gesundheitsförderung.

Meine Damen und Herren,

Sie werden sich fragen: Warum mache ich diesen Ausflug in die Welt der Superreichen? Ein Grund ist natürlich naheliegend: Es handelt sich einfach um die größte Schenkung in der Geschichte der USA. Da sind wir dem Thema "Soziale Verantwortung von Unternehmen", oder, neudeutsch: Corporate Social Responsibility, schon einmal auf der Spur.

Für viel wichtiger halte ich aber einen zweiten Aspekt dieser aufsehenerregenden Wohltat. Die wirkliche Brisanz liegt darin, dass bei dieser Schenkung eine privatwirtschaftliche Stiftung den staatlichen Institutionen und Behörden vorgezogen wurde. Das bedeutet: Eine traditionell staatliche Aufgabe – denn dazu zählt ja das Gesundheitswesen – wird in gigantischem Maßstab von einer privatwirtschaftlichen Einrichtung betrieben. Bevor wir auf die Auswirkungen von Buffetts Schenkung eingehe, möchte ich Ihnen noch ein paar Hintergrundinfos geben.

Man nennt Warren Buffett den "Sage of Omaha", den Weisen von Omaha. Der Hinterwäldler aus dem Bundesstaat Nebraska – weit weg von den Verlockungen der Wall Street – hat mit seinem Investment-Unternehmen Berkshire Hathaway ein stets untrügliches Gespür für krisensicheren Anlagen an den Tag legt. Ihm geht es nicht um den schnellen Dollar, sondern um bleibende Werte. Was mag ihn nun zu dieser Entscheidung, mit der er den Großteil seines Vermögens verschenkt, bewogen haben? Sicherlich die langjährige Freundschaft mit Bill Gates, dem Gründer von Microsoft. Ich kann Ihnen aber einen weiteren Grund nennen, der meines Erachtens weitaus wichtiger war. Nämlich die Effizienz der Gates-Stiftung. Denn es genügt ja bekanntlich nicht, das Gute zu wollen, man muss es auch können. Und dass die Gates-Stiftung Enormes leistet, um Krankheit und Not in der ganzen Welt zu lindern, geben auch die größten Kritiker von Gates und Microsoft zu. Und dies ohne großen Apparat, das heißt ohne hoch bezahlte Funktionäre, ohne teure Büros.

Erlauben Sie mir einen Vergleich. Die Gates-Stiftung gibt 1,6 Milliarden Dollar jährlich hauptsächlich für medizinische Projekte in aller Welt aus. Dies mit einem Mitarbeiterstab von 350 und mit 3 festen Standorten, 2 in den USA, 1 in Indien. Zum Vergleich: Die Weltgesundheitsorganisation (abgekürzt WHO) hat das gleiche Jahresbudget, beschäftigt aber 8000 Mitarbeiter in rund 150 Länderbüros. Hinzu kommen 6 Regionalstellen und die Zentrale in Genf.

Die Stiftung arbeitet enorm schlank, mit vielen ehrenamtlichen Helfern, getrieben von der Vision der Stiftungsgründer Bill und Melinda Gates. Die WHO hingegen wird von Mitgliedsstaaten und einer riesigen Bürokratie gelenkt. Wer kann schneller und effektiver arbeiten, wer leistet mehr mit weniger Aufwand? Die Antwort dürfte wohl klar sein.

Sie sehen, privater Reichtum kann durchaus öffentliche Aufgaben übernehmen. Die Gates-Stiftung ist ja nur eines von vielen Beispielen des sozialen Engagements der Wirtschaft. Sie ist allerdings schon jetzt mit einem Kapital von 30 Milliarden Dollar – bald wird das Stiftungsvermögen doppelt so groß sein, dank der Schenkung von Buffett – mit Abstand die größte private Stif-

tung der Welt. Bald wird diese private Einrichtung wesentlich mehr Geld für medizinische Projekte in der Dritten Welt ausgeben als die dazu berufene und von vielen Staaten alimentierter Weltgesundheitsorganisation.

Sie werden sich aber mit Recht fragen: Ist das richtig? Kann das auf Dauer funktionieren? Wollen wir das auch in Deutschland?

Darauf zunächst die einfache Antwort: Jeder zusätzlicher Euro, von welcher Quelle auch immer, der der Weltgesundheit zu Gute kommt, ist zu begrüßen. Ich denke, wir leben in einem Land, in dem einige durchaus ansehnliche Vermögen vorhanden sind. Vielleicht fühlt sich ein mutiger Stifter dazu aufgefordert, dem Beispiel von Buffett zu folgen?

Andererseits finde ich es richtig, wenn die Öffentlichkeit bei Projekten dieser Größenordnung eingebunden wird. Zumal wir hier in Europa eine Tradition der öffentlich gelenkten Wohltätigkeit haben. Das heißt: Wenn die Gates-Stiftung in Deutschland tätig wäre, würde ich dringend raten, einen Beirat mit Vertretern wichtiger gesellschaftlicher Instanzen einzuberufen. Ich denke an Vertreter der Politik, der öffentlichen Hand, aber auch der Kirchen und der Gewerkschaften. Natürlich müsste man dafür sorgen, dass die Stiftung trotzdem effizient funktioniert. Um ehrlich zu sein, hätte ich da nicht allzu viele Sorgen. Denn reiche Persönlichkeiten wie Gates und Buffett wissen, wie man Projekte erfolgreich vorantreibt; sie leben ja davon.

In früheren Zeiten sagte man: Noblesse oblige, Adel verpflichtet. Heute entstehen Vermögen nicht auf Grund von Herkunft, sondern durch Leistung. Also: Richesse oblige. Bedenken Sie bitte: Das Vermögen der drei reichsten Menschen der Welt – darunter Gates und Buffett – ist so groß wie das addierte Bruttonettoprodukt der 48 ärmsten Länder der Welt. Wir dürfen nicht vergessen: Nach wie vor leben mehrere Milliarden Menschen von weniger als zwei Euro pro Tag. Demgegenüber haben die führenden multinationalen Unternehmen die Finanzkraft von Einzelstaaten. Man braucht sich nur vor Augen zu halten: Die 500 größten Unternehmen der Welt beschäftigen 0,05 der Weltbevölkerung, erwirtschaften aber rund 25% der Wertschöpfung. Ich

denke, damit sind sowohl reiche Menschen als auch finanzkräftige Unternehmen in der Pflicht. Wie sagte doch Andrew Carnegie, einer der größten Stifter der Gründerzeit: "He who dies rich, dies disgraced." Ganz so extrem würde ich die Sachlage nicht ausdrücken. Aber dass diejenigen von uns, die privilegiert sind, auch gesellschaftliche Verantwortung tragen, ist unbestreitbar.

Für die Öffentlichkeit ist diese Anhäufung von Reichtum zweifelsohne etwas Beunruhigendes. Sicherlich fragen Sie sich: Müssen wir uns jetzt auf den guten Willen der Reichen verlassen? Kommt jetzt ein neues Zeitalter des Feudalismus, müssen wir dem Geldadel den Hof machen, um soziale Projekte anzutreiben? Nein, meine Damen und Herren, ganz sicher nicht. Wohl aber kann die Privatwirtschaft dem Gemeinwesen wertvolle Dienste leisten.

Schauen wir uns also gemeinsam dieses Fremdwort an, das in aller Munde ist: Corporate Social Responsibility, abgekürzt CSR. Man kann den Begriff am einfachsten übersetzen als unternehmerische Verantwortung für die Gesellschaft. Vergegenwärtigen wir uns: Dies ist ja keine ganz neue Erscheinung. Gerade wir in Deutschland brauchen uns nicht zu verstecken. Schon im 19. Jahrhundert waren Unternehmen wie Siemens und Krupp für die damalige Zeit hervorragende Arbeitgeber. Sie erbrachten vorbildliche Sozialleistungen für ihre Mitarbeiter – von Betriebsrenten über Kinderkrippen bis hin zur Fortbildung. Außerdem waren sie durchaus großzügig in ihrer Spendenpraxis. Schon zu Zeiten des Kaiserreichs konnte die Politik darauf bauen.

Neu an CSR ist also nicht die Tatsache, dass Unternehmen sich gesellschaftlich engagieren, sondern vielmehr die Professionalisierung guter Taten. Ich meine damit: der Einsatz von Management-Techniken bei gemeinnützigen Vorhaben. Neu ist auch die Vorstellung eines Win-Win-Spiels. Das heißt: Unternehmen sollten von ihrem eigenen Engagement ebenso profitieren wie die Empfänger der Wohltaten.

Wie profitieren die Unternehmen? Ganz einfach: Es geht um Reputation, aber auch um solch handfeste Dinge wie die Aufnahme in ethische Aktienindizes. Es geht darum, bessere Karten zu haben im Umgang mit Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace und Transparency. Deswegen berichten viele Unternehmen – darunter auch Konzerne wie die Deutsche Bank und Daimler – regelmäßig über ihre CSR-Projekte. Das Gleiche gilt übrigens für nicht-börsennotierte Unternehmen. Bertelsmann und Bosch – um nur zwei der wichtigsten privaten Konzerne zu nennen – leisten viel für die Gesellschaft. Und sie profilieren sich damit als Good Companies.

Ist das legitim? Ich meine ja. Natürlich werden zum Teil Nebelkerzen geworfen. Natürlich brüsten sich manche Unternehmen in Hochglanzbroschüren mit ihren sozialen Projekten und umgehen gleichzeitig elegant die Steuern, die sie bezahlen sollten. Aber, meine Damen und Herren, wenn mich nicht alles täuscht, ist ein Richtungswandel im Gange. Der Standort Deutschland hat enorm an Bedeutung gewonnen. Wir als Unternehmen sind stolz darauf, einem Land anzugehören, das seit Jahren Exportweltmeister ist. Und halten Sie sich bitte nicht auf mit abstrusen Begriffen wie "Basar Ökonomie". Nichts gegen den Ökonomen Hans-Werner Sinn, aber dieser Begriff macht einfach keinen Sinn. Wer nur das Negative sehen will, übersieht die vielen positiven Faktoren, die der Standort D aufzuweisen hat. Zu denen gehören Faktoren wie sozialer Frieden und gute Infrastruktur, für die ich ausdrücklich die Politik und öffentliche Verwaltung in diesem Land loben möchte.

Trotzdem, meine Damen und Herren. Wenn es um die Professionalität guter Taten, mehr noch: um das Zusammenspiel zwischen Politik und Wirtschaft geht, können wir einiges von den Vereinigten Staaten lernen. Womit hängt dieser Vorsprung zusammen? Es würde zu weit führen, wenn ich auf alle Faktoren eingehen würde, deswegen möchte ich mich darauf beschränken, ein paar Stichworte zu nennen: Pioniergeist, das kalvinistische Prinzip der tätigen Nächstenliebe und nicht zuletzt zivilgesellschaftliche Strukturen, die Eigeninitiative stärken. Auch die Steuergesetzgebung fördert gemeinnützige Initiativen.

Ich brauche sicherlich nicht zu betonen, dass in Deutschland ganz andere Traditionen vorherrschen. Denken Sie an die staatliche Wohlfahrtsorientierung seit dem Kaiserreich im Zusammenhang mit Bismarcks Sozialgesetzen. An unsere komplexen Strukturen mit Wohlfahrtseinrichtungen wie Caritas, der Arbeiterwohlfahrt und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband. Dies alles hat lange den Spielraum für unternehmerische Eigeninitiative eingeschränkt. Selbstkritisch möchte ich auch anmerken: Wir von Unternehmerseite haben lange geglaubt, es genüge, Steuern zu zahlen. Für soziale Wohltaten sei schließlich der Staat verantwortlich.

Was hat sich in den letzten Jahren geändert? Sicherlich die Tatsache, dass Public-Private-Partnerships an Bedeutung gewonnen haben. Wenn man bedenkt, mit welcher Vorsicht – das Wort Vorurteile möchte ich lieber nicht verwenden! – früher solche Triple-P-Allianzen von staatlicher Seite betrachtet wurden, staunt man nur über die Dynamik, die sich in den letzten Jahren entwickelt hat.

Ich denke, wir können festhalten, dass ein Geist des Realismus eingeekehrt ist. Einerseits hat jeder von uns die mahnenden Beispiele aus dem Ausland vor Augen. Dass die Privatisierung der Eisenbahn und der Wasserversorgung in England eine ziemliche Katastrophe war, weiß inzwischen jedes Schulkind. Auch das Thema Stromversorgung in Kalifornien zeigt, welche Fallstricke sich im Prozess der Privatisierung verbergen. Ganz zu schweigen davon, dass unser deutsches Lkw-Maut -Projekt "Toll Collect" wahrlich kein Ruhmesblatt für die Beteiligten war.

Andererseits, meine Damen und Herren, haben wir eine ganze Reihe von vielleicht weniger schlagzeilenträchtigen Projekten, die gut funktioniert haben. Ich denke da an den Warnow-Tunnel bei Rostock und den Herren-Tunnel in Lübeck. Aber auch natürlich an die Justizvollzugsanstalt Hünfeld in Hessen, das erste Gefängnis in Deutschland, das als Triple P betrieben wird. Ausgerechnet im ehemals roten Hessen, meine Damen und Herren! Was sollte man dazu nur sagen?

Wenn Sie mich fragen: Es gibt Kernbereiche wie Strom- und Wasserversorgung, die in staatlicher Hand gut aufgehoben sind. Auch die öffentliche Sicherheit ist eindeutig Sache des Staates. Ich denke, keiner von uns wünscht sich die Vorherrschaft von schwarzen Sheriffs und privaten Sicherheitsdiensten, die leider häufig Menschen von zweifelhafter Gesinnung beschäftigen. Ich meine damit natürlich Rechtsradikale, die im Namen von Law-and-Order ihr Unwesen treiben. Da sollten wir lieber in die Ausbildung und Ausstattung unserer Polizisten investieren.

Kehren wir aber zurück zum Thema CSR. Keine Frage: die angelsächsischen Länder – dazu zählen auch Großbritannien und Kanada – haben einen klaren Vorsprung, wenn es um unternehmerische Sozialprojekte geht. Aber auch in Deutschland wandeln sich die Verhältnisse – und zwar schneller als erwartet. Bei fast allen Dax-Unternehmen gibt es mittlerweile eigene Stäbe für CSR, bzw. Nachhaltigkeit. Kleiner Hinweis am Rande: Corporate Social Responsibility betont stärker die sozialen Aspekte unternehmerischer Verantwortung, Nachhaltigkeit hingegen ist stärker umweltorientiert. Beide sind dem Gemeinwesen dienlich.

Meinen Damen und Herren,

wie weit man mittlerweile bei CSR angekommen ist, merkt man daran, dass es mehrere Rankings gibt für vorbildliche unternehmerische Verantwortung. Der von manager magazin ausgerichtete "Good Company"-Wettbewerb, der das Engagement von mehr als 100 europäischen Unternehmen bewertet, setzte dieses Jahr BASF und Henkel auf Platz 1 und 2, vor britischen Unternehmen wie Anglo-American und Schweizer Konzernen wie UBS. Vor zwei Jahren war es anders: Da gewann der britische Ölkonzern BP den ersten Preis des Wettbewerbs, gefolgt von Anglo-American und der Deutschen Post.

Aber CSR ist beileibe kein Thema ausschließlich für die Großen der Wirtschaft. Dies beweist der "Freiheit und Verantwortung"-Wettbewerb, der von einigen Verbänden in Kooperation mit der WirtschaftsWoche seit mehreren

Jahren veranstaltet wird. Gerade die Auszeichnungen für kleine und mittelständische Unternehmen machen deutlich, wie viel schon im sozialen Bereich läuft.

Lassen Sie mich ein paar von den Preisträgern der letzten Jahre erwähnen: die Firma Jäger Direkt beispielsweise, die lernschwachen Schülern Paten als Betreuer zur Verfügung stellt. Oder Heinrich Mai & Sohn, das die kinderfreundliche Gestaltung und Renovierung von Kinderkliniken und –stationen in Städten wie Bochum, Heilbronn, Berlin und Nürnberg vorantreibt. Gerade im Bereich Kinder und Jugendliche wird von vielen Unternehmen Herausragendes geleistet.

Gestatten Sie mir, dass ich dabei auch auf mein eigenes Engagement und das der HCI Capital AG eingehe. Eigentlich konzipieren wir Produkte für die Kapitalanlage, insbesondere geschlossene Fonds und strukturierte Anlageprodukte – und dies seit mehr als 20 Jahren. Damit erwirtschaften wir einen Konzernjahresüberschuss von € 39,5 Mio.

Im gesellschaftlichen Bereich gehört zu unseren wichtigsten Projekten die Förderung von Familienbesuchen in alle Hamburger Museen durch kostenlose Eintritte für Kinder. Dafür wurden wir mit dem Deutschen Kulturförderpreis von BDI ausgezeichnet. Was uns allerdings noch mehr freut: Die Zahl der Kinderbesuche in den Hamburger Museen ist im Jahr 2006 deutlich gestiegen. Für uns der Beweis, dass unsere Förderung etwas bewirkt hat.

Zu den weiteren Projekten, bei denen wir uns engagieren, gehört die Veranstaltungsreihe m-Konzerte. Hinzu kommt unsere Unterstützung für den Verein HSV-Frauenfußball – vergessen wir bei der Gelegenheit bitte nicht, meine Herren, dass die deutsche Fußballfrauenmannschaft amtierender Weltmeister ist! Wir fördern aber auch die Journalistenausbildung in China, in dem wir zur Finanzierung eines Lehrstuhls für Medienwissenschaften an der Universität in Hangzhou beitragen.

Ein Projekt, das mir persönlich sehr am Herzen liegt, ist die Hilfe für die Opfer des Reaktorunfalls in Tschernobyl. Seit 20 Jahren engagiere ich mich persönlich im Rahmen des Vereins "SOS 86 Kinder von Tschernobyl" für die Bereitstellung von Hilfsgütertransporten und bei anderen Hilfsaktionen. Ich habe den Verein mitbegründet und halte sie für ein gutes Beispiel bürgerschaftlichen Engagements. Denn jenseits unserer Verantwortung als Unternehmenslenker ist jeder von uns persönlich gefordert, zu helfen wo wir können.

Vieles von dem, was wir bei HCI an Engagement leisten, geschieht freiwillig, aus einem ganz natürlichen Gefühl der Verantwortung für das Umfeld, in dem wir tätig sind. Das gilt auch für meine eigene Tschernobyl-Arbeit.

Sie sehen, hohes Verantwortungsbewusstsein ist kein Monopol der Großen. Gerade kleinere Unternehmen haben ein feines Gespür für das, was in ihren Regionen läuft und sind oft schneller, effizienter, vor allem unbürokratischer. Sie brauchen keinen Stab, um Projekte voranzutreiben; das machen oft die Eigentümer oder die oberen Führungskräfte höchst persönlich.

Ich denke, meine Damen und Herren, für Sie in der Politik sind Unternehmen überschaubarer Größe die einfacheren Gesprächspartner, wenn es um Vorhaben gibt, bei denen Sie Unterstützung benötigen. Es geht ja nicht nur darum, dass der Chef sich persönlich verantwortlich fühlt. Es geht auch um die Kontinuität in der Führung dieser Unternehmen. Bei den großen Konzernen dreht sich die Veränderungsspirale auf Topmanagement-Ebene bekanntlich immer schneller. Da kann es passieren, dass ein Vorstandsvorsitzender etwas entscheidet, von dem sich sein Nachfolger entschieden distanziert. Ich nenne bewusst keine Namen, aber der Eine oder Andere von Ihnen wird das vielleicht schon mal persönlich erlebt haben.

Meine Damen und Herren,

ich hatte erwähnt, dass meine Firma im letzten Jahr einen Konzernjahresüberschuss von € 39,5 Mio. erwirtschaftete. Denn nur ein Unternehmen, das gute Erträge erwirtschaftet, kann sich fair gegenüber den Mitarbeitern zeigen und auch der Gesellschaft dienlich sein. Aber selbstverständlich reicht es nicht aus, Gewinne zu machen. Deswegen lehne ich den berühmten Spruch des Ökonomen Milton Friedman entschieden ab. Er lautet: "Die soziale Aufgabe des Unternehmens ist es, Gewinne zu machen. Je höher der Gewinn ist, desto sozialer das Unternehmen."

Ich halte diese Logik, die auch ein wenig im Shareholder-Value-Prinzip steckt, für kurzsichtig. Unternehmen müssen doch im wohl verstandenen Eigeninteresse ihre Beziehungen zur Gesellschaft pflegen. Ich meine damit, das regionale Umfeld, in dem man sich befindet, aber auch der Kontakt zu Meinungsführern aus den Medien und dem gemeinnützigen Sektor. Nicht zu vergessen ist auch der Kontakt zur Politik. Denn nur in einem prosperierenden Land, in dem sozialer Frieden herrscht, kann man gute Geschäfte auf Dauer machen. So einfach ist es.

Hier lohnt ein Blick in die Schriften des Gründungsvaters der Marktwirtschaft Adam Smith. Einerseits kürte der schottische Philosoph das Eigeninteresse zur Triebfeder der Marktwirtschaft. Sie kennen wahrscheinlich alle den oft zitierten Satz aus seiner Untersuchung über den "Wohlstand der Nationen": "Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers oder Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen." Recht hat er. Andererseits schrieb der gleiche Adam Smith eine wegweisende Schrift, die "Theorie der ethischen Gefühle", in der er eine Handlungsweise nach anständigen und rechtmäßigen Motiven anmahnte. Wer also nur an Gewinn denkt, versündigt sich an elementaren Postulaten des Anstandes – und der Marktwirtschaft.

Meine Damen und Herren,

ich sagte soeben, dass ich meine Mitarbeit im Verein "Kinder von Tschernobyl" als Beitrag zum bürgerschaftliches Engagement begreife. Lassen Sie mich noch erläutern, was ich genau damit meine. Es ist ja naheliegend, dass bei steigenden gesellschaftlichen Problemen und stagnierenden staatlichen Ressourcen die Privatwirtschaft gefordert ist.

Aber das Konzept der Bürgergesellschaft greift weiter. Es geht um mehr Spielräume für Selbstorganisation, nicht in erster Linie um weniger Sozialstaat. Jeder von uns muss Eigenverantwortung übernehmen und zum Gemeinwesen beitragen. Wir können es beispielsweise tun, in dem wir Vereine gründen und innovative Lösungen für aktuelle Probleme finden. Oder in dem wir schnell bei Katastrophen, Hungersnöten und anderen tragischen Ereignissen Hilfe leisten. Denn eines ist wohl klar: Wir als Individuen und Unternehmen können oft flexibler auf Krisensituationen reagieren als der Staat.

Dazu nur zwei Beispiele: Als der verheerende Hurrikan Katrina New Orleans verwüstete war die US-Bundesregierung eindeutig überfordert. Davon haben Sie sicherlich in den Medien gelesen. Dafür reagierte Wal-Mart, der weltgrößte Einzelhandelskonzern, schnell und effektiv: Er stiftete nicht nur 20 Millionen Dollar, sondern organisierte 1500 Lastwagenladungen und 100.000 Mahlzeiten für die betroffene Bevölkerung innerhalb von wenigen Tagen. Gerade Wal-Mart, der ansonsten wegen seines Umgangs mit Mitarbeitern stark kritisiert wird, verwandelte sich in den Medien von Saulus zu Paulus. Die "Washington Post" lobte das Unternehmen als ein Modell logistischer Effizienz und effizienten Katastrophenmanagements. Sie sehen, was ich meinte, als ich sagte: CSR ist ein Win-Win-Spiel. Der Reputationsgewinn für Wal-Mart ist nämlich immens. Plötzlich hat das Unternehmen, das immer als Sinnbild des Sozialdarwinismus galt, ein ganz neues Image.

Aber man muss nicht nach Amerika blicken, um vorbildlichen Einsatz in Krisenzeiten zu entdecken. Die Deutsche Post, genauer gesagt DPWN, hat ein globales Netzwerk von Disaster Response Teams gegründet und enorm viel

geleistet bei der Tsunami-Katastrophe in Asien. Was bei beiden Beispielen auffällt: Unternehmen nutzen ihre Kernkompetenzen, um der Gesellschaft zu dienen. Sie setzen das ein, womit sie normalerweise ihr Geld verdienen. Selbstverständlich kann beispielsweise DPWN weit professioneller als die internationalen Hilfsorganisationen und Regierungen eine Logistik aufbauen, um schnell und unkompliziert Hilfsgüter auszuliefern. Viele Mitarbeiter dieses deutschen Weltkonzerns haben als ehrenamtliche Helfer ihren Beitrag zur Linderung der Not geleistet.

Das Gleiche gilt für viele kleinere Unternehmen. Auch sie nutzen ihre geschäftlichen Fähigkeiten, um soziale Aufgaben zu lösen. Eine Studie der Bundesinitiative "Unternehmen: Partner der Jugend" – kurz UPJ – stellte fest, dass über 50% der deutschen KMUs sich sozial engagieren. "Brücken bauen: Soziale Kooperation macht Sinn" Unter diesem Motto hat die UPJ seit mehr als 10 Jahren das Engagement gerade kleinerer Unternehmen koordiniert. Sie sehen, es tut sich einiges in unserem Land.

Aber, meine Damen und Herren, trotz dieser guten Beispiele und löblichen Vorsätze können Unternehmen den Staat nicht ersetzen. Weder finanziell, noch organisatorisch. Wir können punktuell helfen, aber die Weichen müssen von politischer Seite gestellt werden. Nur wenn wir eingebunden werden, wenn klare Vorstellungen über Ziele und Maßnahmen bestehen, klappt die Zusammenarbeit reibungslos.

Zum Schluss noch eine Bemerkung. Die Bürgergesellschaft kommt nicht automatisch. Was wir brauchen ist ein Dialog über das, was Unternehmen oder Verbände an gesellschaftlichen Aufgaben übernehmen können. Lassen Sie uns miteinander reden und zwar gezielt. Ich denke, ich spreche für viele Unternehmer und Manager wenn ich sage: Wir können noch mehr tun – und wir wollen es auch.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.